

mentiert. Der neu gebildeten Nationalpolizei traut niemand zu, im Einsatz gegen gut organisierte Banden wirklich Stabilität garantieren zu können. Zumal sich kritische Stimmen mehrten, die neue „kleine Polizei“ *Ti poliz* nähere sich den üblen Praktiken ihrer Vorgängerin an.

Die Kirche bleibt gespalten

Die Situation hat sich so zugespitzt, daß sich die *haitianischen Bischöfe* im vergangenen Herbst zu Wort meldeten. Sie appellierten an die Christen Haitis, zu Gott zu beten und für einen Wiederaufbau zu bitten. Ihre Feststellung, daß die Regierung nicht imstande sei, die Verhältnisse zu ändern, deutet an, daß die Bischöfe ihr langes Stillschweigen zu inenpolitischen Zusammenhängen inzwischen brechen.

An der *tiefen Spaltung der haitianischen Kirche* hat sich indes bis dato nichts geändert. Der Graben war vor allem dadurch entstanden, daß die Bischöfe mit Ausnahme des Oberhirten der südlichen Diözese Jérémie, *Willy Romélus*, offen oder verdeckt das politische Engagement des Priesters Aristide und zudem dessen radikal befreiungstheologische Linie ablehnten. Während sie zur Situation im Lande schwiegen, riskierten und verloren viele Vertreter der kirchlichen Basis *Ti Legliz* – Katecheten, Ordensleute und Pfarrer – im Widerstand gegen Diktatur und Militärregime ihr Leben.

Doch ungeachtet dieser offenbar noch immer nicht ganz zu überbrückenden Kluft genießt die Kirche bei der armen Bevölkerung ein hohes Ansehen als eine der wenigen wirklich verlässlichen Institutionen im Land. Dazu tragen ganz wesentlich die europäischen und nordamerikanischen Orden sowie eine wachsende Zahl einheimischer Gemeinschaften bei. Mit Programmen zur Alphabetisierung, mit bäuerlichen Genossenschaften, Armenküchen und den für die Evangelisierung wie für den Unterricht genutzten *Kapellenschulen* sowie Initiativen zur Verbesserung der Gesundheitssituation setzen sie Akzente für einen Neuaufbruch. Mit ihrem Einsatz auch in den entlegenen Regionen tragen sie dazu bei, den noch nicht nach Port-au-Prince abgewanderten Landbewohnern in ihrer Heimat eine Perspektive zu geben. Angesichts der immensen Analphabetenrate und des katastrophalen Bildungswesens im Land besitzen die von der Kirche ausgebildeten Laien ein enormes Potential für die Entwicklung ihrer Gemeinschaften.

Die Haitianer brauchen viel Kraft, um den nächsten Akt ihrer Tragödie zu überstehen. Auf der politischen Bühne ist neben Jean-Bertrand Aristide derzeit niemand in Sicht. Und vielleicht ist der Volksheld der 90er Jahre der einzige, der diesem Land trotz seines angekratzten Images die anstrengende Kur der Reformen zumuten kann, der in den Ministerien aufräumt und die Akteure auf Haiti um sich sammeln kann – wenn er will.

Christian Schneider

Kurzinformationen

Katholische Kirche und ÖRK-Reform

Vor kurzem veröffentlichte der Päpstliche Rat für die Förderung der Einheit der Christen seine Stellungnahme vom April 1997 zum Konsultationsprozeß des *Ökumenischen Rates der Kirchen*, bei dem es um ein neues Selbstverständnis und eine neue Vision für den ÖRK geht (Informationsdienst des Einheitsrates, Nr. 95, S. 118–124). In ihrem allgemeinen Teil handelt die Stellungnahme von der in der *Taufe* begründeten, „authentischen und wirklichen, wenn auch unvollkommenen Gemeinschaft“ zwischen der katholischen Kirche und den anderen christlichen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften, von der ökumenischen Bewegung in ihren drei nicht voneinander zu tren-

nenden Dimensionen (Wiederentdeckung der schon bestehenden Gemeinschaft, Bemühungen um Überwindung der noch bestehenden Hindernisse durch ständige Erneuerung der Kirchen, gemeinsames Zeugnis), von der Notwendigkeit einer gemeinsamen ökumenischen Vision der Kirchen und von der gemeinsamen Herausforderung zu Solidarität und Bekehrung. Der Einheitsrat bezeichnet die „Basis“ des ÖRK als „Quelle oder Terrain der Gemeinsamkeit“ mit der katholischen Kirche; diese Basisformel sei heute aber im Licht der wachsenden Verständigung über theologische Fragen in der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung und den bilateralen Dialogen zwischen den Kirchen zu sehen. Die katholische Stellungnahme fragt kritisch an, welchen Stellenwert die Aussagen zum neuen Selbstverständnis und zur

neuen Vision des ÖRK nach der Jubiläumsvollversammlung von Harare (Simbabwe) im Dezember 1998 für die Mitgliedskirchen haben werden: „Wie können die Inhalte der Periode nach Harare wirklich normativ werden?“ Sowohl die ÖRK-Mitgliedskirchen wie die katholische Kirche müßten sich um Möglichkeiten kümmern, wie man den „Prozeß ökumenischer Rezeption“ erleichtern könne.

Plädoyer für eine neue Berufungspastoral

Mit dem Ende Januar veröffentlichten Schlußdokument des im Mai 1997 in Rom abgehaltenen Europäischen Kongresses über Berufungen zum Priestertum und Ordensleben in Europa wird ein entschiedenes Plädoyer für eine „ra-

dikale Veränderung“, für einen „Qualitätssprung“ in der Pastoral der Berufung vorgelegt, das auf eine neue „Kultur der Berufung“ in der Kirche zielt. Das über 100seitige, in Zusammenarbeit der Kongregationen für das Katholische Bildungswesen, für die Orientalischen Kirchen und für die Orden erstellte Dokument verbreitet Aufbruchstimmung: Bezugspunkt der Pastoral der Berufung, der ein sehr weiter Berufungsbegriff zugrundegelegt wird, solle nicht mehr länger eine Krisensituation und der Mangel an Berufenen sein, sondern solle als Bestandteil der Grundaufgabe einer im Dienst des Lebens stehenden Kirche verstanden werden. Während früher die Förderung der Berufung sich nur oder vor allem auf einige Formen der Berufung erstreckte, müsse man nun immer mehr zu einer Förderung sämtlicher Berufungen gelangen; die Verkündigung und der Berufungsimpuls sollten mutig an alle ausgedehnt werden. Vor dem Hintergrund einer gelegentlich etwas düster geratenden Gegenwartsanalyse, die sich in dem Begriff der „Kultur der Zerstreuung“ kristallisiert und einer Darlegung der verschiedenen Ursachen der gegenwärtigen „Krise der Berufungen“ unterstreicht das Dokument: Eine bei der allgemeinen Berufung ansetzende Berufungspastoral dürfe nicht als ein zusätzliches Element der Pastoral der Kirche überhaupt verstanden werden. Berufungspastoral solle „zutiefst in die allgemeine Pastoral jeder Ortskirche einbezogen“ sein, diese Pastoral müsse umgekehrt eine „berufungsbezogene Prägung“ erhalten.

Dialogprozeß zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz eröffnet

Die Zukunft des Landes sei ungewiß geworden, der soziale Friede und die bisherigen Grundlagen des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenlebens in Frage gestellt. „Deshalb muß sich das Land auf einen neuen Gesellschaftsvertrag verständigen“, so die Präsidenten der Schweizer Bischofskonferenz, *Amédée Grab*, und des Schweizerischen Evangelischen Kir-

chenbundes, *Heinrich Rusterholz*, in ihrer Einführung zu einer 30seitigen Diskussionsgrundlage, die die Basis für die Mitte Januar eröffnete „ökumenische Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz“ bieten soll. Ähnlich dem ökumenischen Konsultationsprozeß, den die beiden großen Kirchen in Deutschland dem vor einem Jahr veröffentlichten Gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage vorangestellt hatten, sind nun auch in der Schweiz bis Juni 1999 Privatpersonen, kirchliche Gruppen und Gemeinden, Parteien, Sozialpartner und alle gesellschaftlichen oder auch staatlichen Institutionen aufgefordert, Stellung zu beziehen zu den in dem Impulspapier zusammengestellten Fragestellungen und Grundproblemen. Um zu unterstreichen, daß der Ausgangspunkt des Dialogs bei der Lage der Ärmsten und Schwächsten ansetzen soll, haben die Kirchen der Diskussionsgrundlage drei Erfahrungsberichte vorangestellt. Der anschließende Text folgt der Gliederung „Sehen“ (die Analyse einer massiven wirtschaftlichen und sozialen Umbruchsituation im Sog weltweiten Wandels und eine Auseinandersetzung mit den „gängigen Mythen“ vom reinen Markt und dem immer weiteren Wachstum des Wirtschaftssystems) – „Urteilen“ (mit den „Kriterien einer Reich-Gottes-Verträglichkeitsprüfung“) – „Handeln“ (die Suche nach Perspektiven für eine gesellschaftliche Übereinkunft zu den grundlegenden Bedingungen eines gesellschaftlichen Zusammenhaltes). Am Ende der Konsultation sollen alle eingegangenen Beiträge dokumentiert werden, die Ergebnisse ihrer ausführlichen Auswertung in ein Schlußdokument einfließen, dessen Veröffentlichung um die Jahrtausendwende geplant ist.

Rüstungsexportbericht einer ökumenischen Arbeitsgruppe

Dem Ende des letzten Jahres zum ersten Mal von der „Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“

(GKKE) vorgelegten Rüstungsexportbericht 1997 sollen jährlich weitere Berichte über die deutsche Ausfuhr von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern sowie deren politische Bewertung folgen. Für diese Beurteilung hat die Fachgruppe „Rüstungsexporte“ innerhalb der GKKE (in dieser haben sich die evangelische Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsdienst und die katholische Deutsche Kommission *Justitia et Pax* zusammengeschlossen) drei Parameter herausgearbeitet: Erstens müsse es im politischen Umgang mit den Rüstungsexporten und bei der Entwicklungszusammenarbeit eine *Kohärenz der Ziele und Mittel* geben. Standards der Armutsbekämpfung und der Geltung der Menschenrechte dürften nicht auf der einen Seite hochgehalten, auf der anderen aber tatsächlich oder vorgeschobenen Sicherheitsinteressen, dem Wunsch nach wirtschaftlicher Kooperation geopfert werden. Zweitens sollten die Rüstungsexporte immer im Kontext einer *Friedenspolitik* bewertet werden, der es darum gehe, Konflikte zu verhüten, sie gegebenenfalls einzuhegen und Zerstörungen zu „heilen“. Schließlich könne die Problematik der deutschen Rüstungsexporte, ihre Kontrolle und ihr Verhältnis zur Entwicklungspolitik nicht losgelöst von der wirtschaftlichen und politischen Integration im Rahmen der Europäischen Union behandelt werden. Auf dieser Grundlage moniert der Bericht die fehlende Transparenz bei den Rüstungsexporten und der Praxis, solche Ausfuhr zu genehmigen oder zu verweigern. Angesichts eines weltweit erheblich reduzierten Umfangs des Rüstungshandels kritisiert die GKKE: Zwar seien die deutschen Exportzahlen rückläufig, insgesamt aber lägen sie immer noch höher als im Schnitt der 80er Jahre. Ausführlicher widmet sich der Bericht dabei zwei „Problemfällen“ an der Spitze der Empfängerliste deutscher Rüstungsexporte: der Türkei und Indonesiens. Im Gegensatz zu Deutschland versagten andere Lieferstaaten diesen aufgrund der Verletzung von Menschenrechten und fortwährenden internen Konflikten die Genehmigung von Rüstungstransfers.